

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 13.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge und Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Postfach 26, für Berlin 15. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 28. März 1908.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Marktstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Ringstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von G. A. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite 13 der 13. Wochenbeilage.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Sonneberg, Dresden, München, Sondershausen, Braunschweig, Schönlank, Harburg und Bärth.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Senneberg und Kiel.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Wahl zum Gewerkschafts-Kongress.

Folgende Kandidaten sind in den in Nr. 10 des „Proletariers“ bekannt gegebenen Wahlkreisen aufgestellt worden:

- 1. Wahlkreis.**
Chr. Demble, Dömitz, W. Osterholz, Presq. G. Westmann, Amshorn, R. Erbsen, Flensburg, Joh. Rabben, Lohed. Fr. Kunz, Kiel. H. Toff, Wpenrade.
- 2. Wahlkreis.**
Mag. Hegemann, Hamburg, Frau S. Bieg, Hamburg, vorgef. Klagen in Altona und Schiffel.
- 3. Wahlkreis.**
Joh. Schmidt, Delmenhorst, Franz Schreiber, Harburg, Karl Ede, Bremen, S. Kriemannshy, Bergeborf, Heinr. Fiedler, Minden.
- 4. Wahlkreis.**
Jakob Lewin, Hannover, Paul Häppler, Braunschweig.
- 5. Wahlkreis.**
Karl Hinkel, Dessau, Karl Krüger, Tangermünde, Hermann Lamprecht, Schönebeck, Otto Krenzel, Magdeburg, Schubert, Bernigerode.
- 6. Wahlkreis.**
Karl Köhler, Altenburg, Otto Adler, Erfurt, Bruno Gessel, Karl, Leipzig, Albert Galdschmidt, Alstedt.
- 7. Wahlkreis.**
Erich Großmann, Meissen, Wih. Künig, Magda.
- 8. Wahlkreis.**
Karl Thiemig, Dresden, Th. Müller, Breslau, Gust. Neuring, Dresden, vorgef. in Königstein, Striegau usw.
- 9. Wahlkreis.**
Konr. Bruns, Berlin, Emil Bennenwig, Berlin, vorgef. in Werder, Julius Preßler, Waldenberg.
- 10. Wahlkreis.**
Friedr. Klann, Kolberg, Fr. Buchelt, Stettin, Rob. Wiesenbäcker, Stettin, vorgef. in Königsberg, Wolgast usw.
- 11. Wahlkreis.**
Karl Hämmel, München.
- 12. Wahlkreis.**
Leonhard Wörner, Kammstatt, G. Bollbold, Heilbronn, Karl Herrmann, Nürnberg.
- 13. Wahlkreis.**
Albin Frühling, Mannheim, Seb. Prill, Ludwigshafen, Rob. Siegeler, Frankenthal.
- 14. Wahlkreis.**
Wald. Fum, Köln a. Rhn., Jean Eiler, Frankfurt a. M., Franz Winkler, Mainz.

Saut Beschluß des letzten Verbandstags dürfen Doppelkandidaturen nicht stattfinden. Ferner ist es unzulässig, Mitglieder aus andern Wahlkreisen als Kandidaten aufzustellen, wenn in den Wahlkreisen selbst sich Kollegen um das Mandat bewerben.

Die Wahl der Delegierten ist am **Sonntag, dem 5. April**, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr vorzunehmen.

Die Wahl erfolgt per Stimmzettel und List, das heißt, die wählenden Kollegen sind in eine im Wahllokal auszuliegende Liste einzutragen.

Die Wahllokale sind von der Wahlstelle zu bestimmen und den Mitgliedern bekannt zu geben.

Zur Leitung der Wahl ist eine Wahlkommission zu wählen und für jedes Wahllokal ein Wistenführer zu ernennen.

Bei der Hauptwahl entscheidet die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen.

Die Stimmzettel sind zwecks Erhebung etwaiger Proteste bis zum Schluß des Kongresses aufzubewahren.

Ueber den Wahlgang ist ein besonderes Protokoll, von dem 1. Bevollmächtigten und der Wahlkommission unterschrieben, bis zum 10. April an den Vorstand einzusenden.

Für den Vorstand:
Heinr. Sad.

Zur Landarbeiterorganisation.

II.

In Ungarn liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Preußen, vielleicht noch schlimmer. In beiden Ländern tanzt die Regierung, wie die Großgrundbesitzer pfeifen. Aber während in Preußen der junkerliche Strohdachregen noch ab und zu durch einige „liberale“ Seitensprünge gestört wird, obliegt in Ungarn diese Störung einzig und allein dem Proletariat.

Natürlich sind die Gesetze Ungarns auf die Interessen der Großgrundbesitzer zugeschnitten. Die Fachvereine der Arbeiter sind der Willkür des Ministeriums, der Statthalter und der administrativen Behörden ausgeliefert. Die Behörden erheben z. B. Einspruch gegen die Aufnahme von Arbeitern, die nicht in dem Berufe, für welchen die Organisation gilt, beschäftigt sind. Die Statuten der Fachvereine müssen dem Ministerium zur Genehmigung unterbreitet werden, und diese Genehmigung wird sehr oft verweigert. Die Fachvereine dürfen an keiner Lohnbewegung teilnehmen, die Fachblätter müssen hohe Kauttionen bei der Behörde hinterlegen und was dergleichen „Schönheiten“ mehr sind.

Trotz alledem wurde im Jahre 1905 in Ungarn ein Landarbeiterverband gegründet. Die eingereichten Statuten wurden ausnahmsweise genehmigt. Diese Genehmigung nützte aber wenig; denn die Provinzpolizei beachtet sie so gut wie gar nicht. Als Beitrag werden 10 Heller (8 1/2 Pfennig) pro Woche erhoben. Davon verbleiben 20 Prozent den Ortsgruppenleitungen zur Agitation und Verwaltung. An Unterstützungen gibt es nur Rechtsschutz und Unterstützung in besondern Notfällen. Die Hauptagitation wird von zehn Bezirkssekretariaten, an deren Spitze besoldete Beamte stehen, betrieben.

Der Verband besitzt ein eigenes Organ, die „Weltfreiheit“. Das Blatt erscheint wöchentlich und wird mit prächtigen Schnitten und goldener Rücksichtslosigkeit redigiert. In den 2 Jahren ihres Bestehens wurde die „Weltfreiheit“ bez. ihr Vorgänger, der „Feldarbeiter“, dreimal konfisziert; 24 vierundzwanzig Genossen kamen deswegen vor das Geschworenengericht, 52 Monate und 175 Tage Staatsgefängnis und gewöhnliches Gefängnis wurden ihnen zubilligt und 6430 Kronen Strafe und Kosten wurden von der Kauttion des Blattes gekürzt. Eine Reihe weiterer Prozesse sind noch anhängig. Sämtliche Mitglieder der Leitung des Verbandes sind wegen ihrer Tätigkeit bestraft. Anfangs erhielten die Mitglieder des Verbandes die Zeitung umsonst, nach einer im Jahre 1906 gegen das Blatt geführten Untersuchung mußte dasselbe vom Verbands getrennt werden; es geht jetzt nur den Abonnenten zu.

Wie die Behörden tobten und wühlten, um die Landflaven von der Organisation fernzuhalten, läßt sich kaum schildern. Den Zielpunkt bildeten die „Agitatoren“; allein das Budapester Geschworenengericht verurteilte in anderthalb Jahren 26 Personen wegen ihrer Tätigkeit für den Landarbeiterverband zu 50 Monaten Staatsgefängnis, einem Monat 8 Tagen Gefängnis und 4300 Kronen Geldstrafe.

Insgesamt aber wurden verurteilt: sechshundertachtundneunzig Personen zu 18 Jahren und 261 Tagen Gefängnis. An Geldstrafen aber wurden 29712 Kronen ausgeworfen. Wohl gemerkt, alles in 2 Jahren! Außerdem wurden 365 Vollsoder Gründungsverfammlungen behördlich verboten, 129 Ortsgruppen des Verbandes wurden bis zum 31. Dezember 1907 von den Behörden aufgelöst; circa 100 weitere wurden suspendiert und zahlreiche andre lösten sich „freiwillig“ auf, weil die Behörden sie drangsalierten.

Zu den leitenden und vermittelnden Arbeiten bei Lohnbewegungen und Streiks mußte ein Landesorganisationskomitee gewählt werden, weil, wie schon gesagt, Fachvereine sich damit nicht befassen dürfen.

Auch seinem „Gern“ gegenüber ist der ländliche Arbeiter in Ungarn rechtlos. Die neue, im Jahre des Heils 1907 zum Gesetz erhobene Gefinderordnung bestraft den Arbeiter, der sich ohne Erlaubnis vom Hofe entfernt, oder sein vom Deputat expartes Brennholz verkauft oder veräußert, oder „bringende“ Sonntagsarbeit nicht verrichtet, mit Geldstrafe bis zu 600 Kronen. Dasselbe Gesetz gibt dem Gutsherrn das Recht, den Knecht, sofern er nicht über 18 Jahre alt ist, zu prügeln.

Das Angeführte dürfte beweisen, daß in Ungarn die Landarbeiter ebenso rechtlos und die Behörden ebenso „schneidig“ und rücksichtslos sind wie in Preußen, daß also für die gewerkschaftliche Organisation die Hindernisse in Ungarn nicht geringer sind wie bei uns.

Trotz alledem ist es unsern Genossen in Ungarn gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein erkleckliches Heer von Landarbeitern um die Fahne der Organisation zu scharen. Am 31. Dezember 1907 hatte der Verband 597 Ortsgruppen mit rund 15000 zahlenden Mitgliedern. Die Fluktuation ist allerdings sehr groß. Zahlreiche Mitglieder lassen sich einschreiben, bezahlen jedoch keine Beiträge („eingeschriebene“ Mitglieder zählt der Verband ca. 70000) und noch zahlreicher ist das Heer derer, die durch die Maßregeln der Gutsherrn und die Schikanen der Behörden wieder aus der Organisation herausgetrieben werden.

Die Einnahme des Verbandes betrug in den zwei Jahren seines Bestehens 191287 Kronen, in Anbetracht des niedrigen Beitrages eine ganz schöne Summe. Die intensive Agitation,

die betrieben wurde und betrieben werden mußte, um solche Erfolge unter so schwierigen Verhältnissen zu erringen, spiegelt sich in den Ausgaben des Verbandes. Für Agitation und Drucksachen wurden reichlich 80 Prozent der gesamten Einnahmen allein von der Zentrale ausgegeben. Der Kassenbestand des Verbandes ist winzig, er betrug am 31. Dezember 1907 ganze 2526 Mark.

Aber nicht nur in agitatorischer Hinsicht hatte der Verband Erfolge, er führte vielmehr, wenn auch indirekt, zahlreiche erfolgreiche Lohnkämpfe. Die „Weltfreiheit“ berichtet darüber wie folgt:

„Die unerhörte Verteuerung der Lebensmittelpreise zwang endlich auch die Landarbeiter, auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage hinzuwirken, und die Grundbesitzer malten den Teufel eines Erntestreiks so lange an die Wand, bis derselbe endlich auch erschien. Im Jahre 1906 begannen die Lohnbewegungen zeitlich im Frühjahr. An denselben nahmen nicht nur die Tagelöhner und Teilarbeiter, sondern auch die Gefindearbeiter teil. Im März 1906 gab es in 64 Gemeinden Streiks mit zusammen 7000 bis 8000 Teilnehmern und endigten die meisten dieser Streiks mit einem Siege der Arbeiter. Die Organisationskomitees der einzelnen Gemeinden arbeiteten für die Tagelöhner und das Gefinde Arbeitsordnungen aus. Gegen die Gewalttätigkeiten der Behörden wollte die vom Organisationskomitee verfaßte Flugchrift „An die Landarbeiter“ diese Verteidigung lehren, doch wurde die Flugchrift konfisziert.

Alle Anstrengungen der Gutsbesitzer waren umsonst, der Landarbeiterstreik war nicht mehr aufzuhalten. Dort, wo die Löhne freiwillig gebessert wurden, floß die Arbeit in Ruhe fort. In 19 Komitaten gab es kleinere oder größere Erntestreiks. In einzelnen Gegenden, besonders im Torontaler Komitat, traten die gesamten Arbeiter einzelner Bezirke in Lohnbewegung und wiewohl an 5000 Menschen ins Gefängnis geworfen wurden, führte der andre Teil der Landarbeiter seine Sache zum Sieg. Überall dort, wo es organisierte Landarbeiter gab, stiegen die Arbeitslöhne. Die Lohnerböschung ging proportionell der Zahl der organisierten Landarbeiter des betreffenden Ortes vor sich. In der Flugchrift „Warum sind uns die Lederböcke böse?“ weist das Organisationskomitee nach, wie sich die Wirkung der Organisation bei den Löhnen bemerkbar macht. An einzelnen Orten, wo es keine Organisation gab, oder aber diese sich noch im Anfangsstadium befand, stiegen natürlich die Löhne kaum etwas. An solchen Orten erreichte der Tagelohn in der Erntearbeit nicht den Betrag von 2 Kronen, ja z. B. in Túrje und Sovaßberény betrug derselbe bloß 1,20 Kronen. Je besser eine Gemeinde organisiert war, desto höher stiegen die Arbeitslöhne.

Die Löhne stiegen in besser organisierten Gemeinden von 1,80—2,40 K. auf 2,40—3,— K. und die Teile von 1/12tel auf 1/10tel. Bei den besorgungslosen Landarbeitern aber stiegen die Löhne auf 3—7 K., ja in Drasháza sogar auf 10 Kronen. Im gleichen Verhältnis stieg in diesen Gemeinden auch die Entlohnung bei der Arbeit auf Teil.

Auch im Parlament wurde die Wirksamkeit des Feldarbeiterverbandes zugegeben. So sagte der Abg. Szabó: „Im Lande mußten die Arbeitslöhne zufolge der furchtbaren Agitation durchschnitten um 20 Prozent erhöht werden.“ Dieser Ausbruch ohnmächtiger Wut ist ein ehrendes Zeugnis für die Mühigkeit der ungarischen Landarbeiterorganisation.

Am 19. und 20. Januar hielt der Verband einen Landeskongress und anschließend daran seine 2. Generalversammlung ab. Auf letzterer wurde beschlossen, die Arbeiter, die nur vorübergehend auf dem Lande beschäftigt sind, in den Verband aufzunehmen, da die Behörden diesen Arbeitern den Zutritt zu den Organisationen der Industriearbeiter mit der Motivierung verwehren, sie seien Landarbeiter. Weiter wurde beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die sich mit einer Erhöhung der Beiträge auf 20 Heller (17 Pf.) beschäftigen soll. Es soll dann auch wieder versucht werden, das Verbandsorgan den Mitgliedern umsonst zu liefern.

Soviel über die Landarbeiterorganisation Ungarns. Eins geht zweifellos daraus hervor: die Landarbeiter Ungarns haben mit ganz enormen gesetzlichen und behördlichen Schwierigkeiten zu rechnen, Schwierigkeiten, die mindestens so groß, wahrscheinlich aber weit größer sind, wie in Deutschland, und trotzdem ist es ihnen gelungen, innerhalb zweier Jahre beträchtliche Erfolge in jeder Hinsicht zu erzielen.

Der Feldarbeiterverband erstreckt sich nur auf Ungarn, in Oesterreich wurde im Vorjahr ein selbständiger Verband der Landarbeiter gegründet, über dessen Erfolge Nachrichten zurzeit noch nicht vorliegen.

In Frankreich ist das Gewerkschaftswesen recht locker. Zuverlässige Angaben über den Organisationsstand sind überhaupt nicht zu bekommen. Wir können uns da nur an die Veröffentlichungen des französischen Arbeitsamts halten.

laut welchen Ende 1906 in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei 51407 Arbeiter und Arbeiterinnen Gewerkschaften oder gewerkschaftsähnlichen Organisationen angehörten. Jede Zusammenfassung der Kräfte fehlt. Die Mitglieder sind in örtlichen Syndikaten zusammengeschlossen und zahlen ganz minimale Beiträge. Schwierigkeiten seitens der Behörden werden ihnen nicht gemacht, im Gegenteil, sie erhalten von den Gemeinden und Departements noch Subventionen. Wir führen dies nur der Vollständigkeit halber an, für irgendwelche Vergleiche oder Schlüsse können die Gewerkschaften Frankreichs kaum in Betracht kommen.

Zu nächsten Artikel werden wir nun über die Arbeiterorganisation Deutschlands berichten.

Aus dem Reichstage.

Beim Etat des Innern ist es den Agrariern wieder gelungen, einige kleine Wünsche der Regierung zur Erfüllung zu präsentieren. Und die Regierung, an deren Spitze ein agrarischer Reichstagsler steht, wird gewiß nicht erwidern, die in Form von Resolutionen geltend gemachten Wünsche gütlich zu berücksichtigen. Die agrarischen Herren bringen es fertig, aus den absonderlichsten Blüten Honig zu saugen, sogar aus dem Eßig! Sie fordern die Regierung auf, die Abgabe von Eßigsäure zu verbieten und den Kleinhändlern mit Eßig und essigsäurehaltigen Flüssigkeiten einverleiblich zu werden, damit als Eßig oder Speiseessig nur eine Flüssigkeit in den Kleinhändlervorteil gebracht wird, die aus Alkohol oder alkoholhaltigen Flüssigkeiten durch Gärung hergestellt ist und mindestens 3/4 Prozent und höchstens 15 Prozent Eßigsäurehydrat enthält; daß ferner die Benennung Bieressig, Weinessig, Fruchtessig, Obstessig usw. für solchen eben erwähnten Eßig zulässig sein soll, dessen Beschaffenheit ergibt, daß die Art seiner Herstellung diese Bezeichnung rechtfertigt. Endlich sollen andre essigsäurehaltige Flüssigkeiten, die durch Verdünnung aus Eßigsäure hergestellt sind, nur mit einem Gehalt von mindestens 3/4 Prozent und höchstens 15 Prozent Eßigsäurehydrat und nur unter solcher Kennzeichnung ihres Ursprungs oder ihrer Herstellungsweise in den Kleinhändlervorteil gebracht werden, die eine Verwechslung mit Gärungseßig ausschließt, z. B. Kunstessig, gereinigter Holzessig, Kunstspeiseessig, Kunstweinessig usw.

Diese Maßnahme wird mit der Rücksicht auf die Gesundheit der Verbraucher begründet. Damit diese sich nicht den Gefahren gesundheitlich nicht schädigen, sollen sie der Möglichkeit beraubt werden, für Zwecke des Einmachens sich billigen Eßig zu verschaffen. Der Gefahr, sich Vergiftungen zuzuziehen, ist man nicht nur beim Umgang mit Eßigsäure und Eßig ausgesetzt, auch beim Gebrauch mit Spiritus, Petroleum und dergleichen. Trotzdem für es niemandem ein, die Anfertigung eines bestimmten Quantums von solchen Sachen zu verbieten. Der Hinweis auf das Wohl der Verbraucher ist, wie fast immer, so auch hier wieder nur das Geranke, hinter welchem agrarische Gewinnhunger lauscht. Aus agrarischem Interesse war auch eine Resolution des Zentrums und eine solche des Bauernbündnisses Abgabe, welche am 13. März verhandelt wurde und nichts mehr und nichts weniger bezweckte, als den Hohlweg für alle Kerse auf vier Mark pro 100 Kilogramm zu erhöhen.

Nach der Resolution soll durch eine neue Versteigerungsordnung die Verzollung sämtlicher Kerse nach dem Satz von 4 Mark für 100 Kilogramm erfolgen, welche zur Verwendung für Branerei oder Feuerzwecke geeignet oder bestimmt sind. Der Zoll von 1,30 Mark soll nach dieser Verordnung nur für solche Kerse zur Anwendung kommen, welche durch Färben gekennzeichnet oder nachgewiesenermaßen zu Feuerzwecken verwendet worden ist. Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums und der Wähler möchte den Marktflecken der armen Leute und die Futtergerichte für kleinen Viehhalter und Viehzüchter zum materiellen Heile der Geringverdienenden ausnutzen. — Welch sonderbare Mäßen die Liebesgabenpolitik zeitigt, beweist eine Stelle des Etats, wonach die Brennsteuer im Jahre 1906 eine Roh-Solleinnahme von 11.250.638 Mark gebracht, dagegen sind an Steuerergänzungen 1.287.343 Mark vergütet worden. Die vaterlandsliebenden Schnapsbränner sind auch nicht eine Minute darüber erötet, daß sie sich vom Reiche noch einer Zulage zur Liebesgabe haben zahlen lassen.

Seit dem 17. März steht der Reichstag im Zeichen der Kolonialpolitik. Der Etat des Kolonialamts fordert 45.768.733 Mk. Das sind 9.780.326 Mk. mehr als im verflochtenen Jahre. Dazu kommt denn noch eine Ausgabe im außerordentlichen Etat von 8.200.000 Mark, die als Mehrausgabe in diesem Jahre neu erscheint.

Der Kolonialminister Herr Dernburg hat seine phantastischen Schätzungen, die zu großen Erwartungen manchem Ordnungsmenschen in Deutschland Veranlassung gegeben haben, wesentlich eingeschränkt. Seine Dattelkern-Phantasie hat einer nüchternen Aufschätzung Platz gemacht, welche manchem nationalliberalen Weltpolitiker zu mühen erdienen ist. Besonders schmerzt es die Kolonialjournalisten, daß nicht eine Ueberbeschränkung der Kolonien durch deutsche Anlieber das Wort geredet wird, und daß den Negern ein Mindestmaß rechtlichen und wirtschaftlichen Schutzes gegeben werden soll. Der Herr Kolonialminister hat sogar Worte der Kritik darüber gefunden, daß in den Kolonien die Beziehungen mit der Feindschaft wässern gehen oder diese — etwa als Zeichen ihrer milden Erziehung? — in ihren Bureaus liegen haben! Es scheint, daß die Kolonialdebatte des internationalen Arbeiterkongresses in Stuttgart nicht ohne Einfluß auf die Geist der Leiter der deutschen Kolonialpolitik geblieben sind.

Streik der Journalisten im Reichstage — das ist die Session, die der 19. März gebracht. Die Entwicklung und der Ausbruch dieses Ereignisses hat sich so vollzogen: Am 16. März nach der Abgeordnete Gröber in der mitternächtigen Stunde des Wort. Als er im Verlaufe seiner Ausführungen den Präsidenten um Erlaubnis bat, eine Stelle aus einem Gesetz vorlesen zu dürfen, gestattete sich einige Herren von der Journalistentribüne den Wortführer des Erlaubnis mit einem kräftigen „Jawohl!“ zu geben. Das brachte den Herrn Gröber in so hohem Maße, daß er, zu der Journalistentribüne gewandt, sagte: „Wenn die Herren Journalisten sich verweigern, Bemerkungen zu den Ausführungen eines Abgeordneten zu machen, so mögen sie das außerhalb des Hauses tun. Das erfordert der Anstand.“ Es war nun natürlich nur auf Ueberwindung der Herren Berichterstatter zurückzuführen, daß die Berichte sehr bald in den unangenehmen Ausfühungen Gröbers aus jener Sitzung ausliefen. Am 19. März sprach Herr Gröber. Als er nun die Rede sprach: „Nach der Regel ist ein mit unsterblicher Seele ausgestattetes Wesen“, erwiderte auf der Journalistentribüne vereinzelt Lachen. Das veranlaßte Herrn Gröber zu gereizten Ausführungen und Herr Gröber zu der Erwähnung, die Herren Berichterstatter als „Lachengel“ anzudeuten. Der Präsident kam auf den Vorfall mit der Aufregung der Kammer der Tribüne zurück, für den Ausdruck des Herrn Gröber hatte er kein Wort des Tadels, da er diesen nicht gehört. Und nun wanderte die Herren Journalisten einer nach dem andern ab! Als Herr Dernburg sich zur Erwiderung erhob, waren an der Journalistentribüne nur die amtlichen Berichterstatter der „Norddeutschen Allgemeine“ und der Berichterstatter der „Germania“ anwesend. Ein Mitglied meinte: Die amtlichen Berichterstatter sind die Besten, die den Germanienberichterichter schützen, daß ihn Zerstörer nicht an feindlicher Arbeit hindern!

Der Journalistenstreik war auch am Sonnabend, dem 21. März, noch nicht beendet.

Freimars Märzfeier.

Am 15. März waren es 60 Jahre, daß das deutsche Völkchen sich erhebt zum Kampfe gegen die Herrschaft des Feudalismus, des Absolutismus und der geistigen Tyrannei! Die Epigonen der bürgerlichen Freiheit von 1848 haben nun den 60jährigen Gedenktag — bürgerlicher Revolution nicht wahrigen zu ehren gewagt, als daß sie sich zu einem internen Kampfe mit den offiziellen Fe-

daten eingelassen, nur gegen das Einverständnis einer kleinen Vorrede eine vernünftigen, verhandeltes Verzeis. Das Verzeisrecht einzuhalten. Just am 15. März ist der Kampf vorüber und am 19. März vollzogen worden. Das Interesse der Arbeiter stand den unermessigen Profiteuren gegenüber, wie die Unfähigkeit des wertvollen Volkes zu ein freies Verzeis und Verzeisungslust.

Die „Verbesserungen“ haben sich nach den Verbesserungen im § 1. Dessen Fassung erster Lesung gab auch den ausländischen, in Deutschland tätigen Arbeitern die Möglichkeit, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern sich der Kraft des Verzeisrechts zu bedienen gegen den Druck kapitalistischer Ausbeutung. Dieses Recht ist durch „andre in Reichsgesetzen enthaltene Beschränkungen“ wenn nicht beseitigt, so doch vermindert.

Im § 8 ist die Meldefrist für öffentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten von 12 auf 24 Stunden durch den Bloß verlängert worden. Im § 4 hat die Macht des Bloß verfügt, daß alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel der Genehmigung der Polizei bedürfen, auch dann, wenn eine Sitzung des Verkehrs gar nicht zu befürchten ist.

Der § 7 hat durch den Bloß folgenden Fassung bekommen: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“

Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Staats-Vorbringen vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesstellen, „in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alleingesehene Bevölkerungsanteile nichtdeutscher Muttersprache vorherrschen sind, sofern diese Bevölkerungsanteile nach dem Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählung 60 vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landesstelle gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden. Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung Abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Durch diese Bestimmungen wird es den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unmöglich gemacht, unter den Arbeitern in nichtdeutscher Sprache zu agitieren. Die gewerkschaftliche Agitation wird durch die Fassung weit mehr getrieben, wie die polnisch-nationalistische! Diese wird erst in 20 Jahren an dem „Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache“ gehindert, denn die polnisch-nationalistische Agitation vollzieht sich naturgemäß in der polnischen Sprache. Die Hälfte der Gesamtbevölkerung, nicht nur der Arbeiterschaft ausmachen, da ist den organisierten Arbeitern es unmöglich gemacht, die ausländischen Arbeiter in ihrer Muttersprache zur Erfüllung der Gesetze der Solidarität aufzufordern zu lassen. Als Blau, als Gelbe werden sie auf Seiten der Ausbeuter stehen. Die industriellen Schatzmacher werden sich über diesen Erfolg des Handels herhinlich ins Fäustchen lachen. Wenn der ganze Bloß aus Leuten wie Duisberg, Vorster oder Bred bestand hätte, sie konnten die Arbeiter nicht empfindlicher treffen, wie es durch diesen § 7 geschieht.

Aber darauf hat sich der freisinnige Teil des Bloß nicht eingehen lassen! Besser gesagt, es hat sich zwingen lassen, in der Entscheidung der Arbeiter noch weiterzugeben. Die Konventionen sollten nämlich auch noch einen heftigen Nachschub bei dem politischen Handel machen. Ihnen ist ein neuer § 10a gestiftet worden des Inhalts:

Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder politischer Vereine sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen Versammlungen anwesend sein.

Dieser Paragraph bedeutet selbst für Freuden eine Verfestigung des bestehenden Zustandes, und das will viel heißen. Beschränkungen an der Teilnahme an politischen Vereinen sind nach geltendem Recht für Frauen, Schüler und Lehrlinge gegeben. Für die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen kennt das preussische Vereinsgesetz kein Hindernis. Der Bloßliberalismus will es nun anders! Der unsinnige Kampf, der bislang noch seitens der Polizei gegen Turnvereine, Kadervereine, Gesangsvereine geführt worden, er bekommt nunmehr gesetzliche Weige! Und auch die Gewerkschaften werden von dem Segen dieses Paragraphen wohl kaum verfehlt bleiben.

Die Herren aus die Mittel-Münchener, Bayer usw. als Liberalismus ein. Der „Gewerksverein“ glaubte in seiner Nummer 17 seinen „freisinnigen“ politischen Vorläufer einen Rühmskrum zu die. Stim wunden zu können, weil diese „Verbesserungsanträge“ gebracht. Wie haben nun gesagt, worin die „Verbesserungen“ bestehen. Daß man es an gebührendem Eanf für die Herren nicht fehlen.

Aus der chemischen Industrie.

Der erste Vorstoß im Reichstage für die chemischen Arbeiter.

Zum ersten Male im deutschen Reichstage seit Bestehen dieser Volksvertretung ist der chemischen Arbeiter gedacht worden. In der Sitzung vom 12. März d. J., beim Etat des Statistischen Reichsamts, nahm Genosse Abg. Brey, der Vorsitzende unseres Verbandes, das Wort, um das Glend des chemischen Proletariats zu schildern und eine Reichsuntersuchung dieser Arbeiterverhältnisse zu fordern. Das war eine Tat, die vermehrt zu werden verdient, und das Datum des 12. März wird in der Chronik der Arbeiterkämpfe der deutschen chemischen Industrie ein denkwürdiges bleiben. Zum ersten Mal wurden die Leiden unsrer chemischen Kollegen auf der Tribüne des deutschen Reichsparlaments getragen, zum ersten Mal dort ausgebreitet und der Mittelwelt von so weitläufig sichtbar Stelle aus enthüllt und gezeigt, und zum ersten Mal wurde die deutsche Reichsregierung genötigt, zur beispiellosen Ausbeutung, die das chemische Kapital im Aufbau an Hunderttausenden von Arbeitern schonungslos treibt, Stellung zu nehmen. Wie sich die Regierung dieser Aufgabe unterzog, beziehungsweise entzog, wird noch zwei Richtungen hin zu besprechen sein. Ganz ausweichen wie bisher konnte sie nicht mehr. Diese Verweigerung wußte der neue Staatssekretär des Innern doch vor wahrer Organisation, die sich bisher allein der chemischen Arbeiter angenommen hat, und vor unserm Verbandsvorsitzenden machen. Haben wir erst einmal eine noch höhere Stufe der Organisation erreicht, sind unsre Verbandsmittel noch reichlicher, weil unsre Mitgliederzahlen noch

größer werden, und sind wir dann noch weiter in die Geheimnisse des chemischen Kapitalismus eingedrungen, dann wollen wir die Regierung schon zwingen, uns weiter zu gehen.

Genosse Brey hat die Reichstags-Sitzung vom 12. März nur beenden und den Vorbereden unsrer chemischen Kollegen geben. Und auch die hinderte ihn nach Möglichkeit der Präsident des Parlaments unter dem Vorgeben, die Abgeordneten dürften beim statischen Etat nicht über Einzelheiten aus der Lage der Arbeiter sprechen. Man muß diese fortwährenden Unterbrechungen durch den Vorsitzenden mit angehört oder sie in den gewöhnlichen Bericht nachgesehen haben, um ihre aufreizende Wirkung zu verstehen und um zu verstehen, wie ruhig und sachlich trotzdem Genosse Brey als Redner blieb. Im wörtlichen Protokoll sehen diese Zwischenfälle ungefähr so aus:

Abg. Brey (spricht über die Unterbrechungen des chemischen Arbeiters): Es bildet sich Anstößigkeit, das ich in jedem Blutstropfen in Gestalt meiner schwarzblauer Adern befindet —

(Lacht des Präsidenten.)

Vizepräsident Kämpf: Herr Abgeordneter, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dies nach meiner Ansicht nicht zum Statistischen Amt gehört.

Brey, Abgeordneter: Ich bin der Anschauung, Herr Präsident, daß ich zur Begründung meiner Anregung Material vorbringen muß. Aus diesem Grunde habe ich mir gestattet, den Verlauf und die Befehle solcher Unterbrechungen auf Grund amtlichen Urteils hier bekannt zu geben.

Vizepräsident Kämpf: Dann möchte ich Sie bitten, zu dem vorliegenden Titel des Statistischen Amtes zu sprechen!

Brey, Abgeordneter: Ich werde dieser Aufforderung nachkommen. Ich habe versucht, auf Grund amtlichen Urteils die Gefährlichkeit solcher Erkrankungen zu schildern. Ich erachte es für notwendig, daß vom Reiche Erhebungen auf Grund der Ergebnisse angeestellt, und Vorschriften über Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Und diese Unterbrechungen wiederholten sich noch zweimal! Der Vorsitzende konnte kein Interesse und keine Ehrfurcht vor den Glendstatistiken, deren Darlegung so notwendig erschien, um den trüben Gang der amtlichen deutschen Arbeiterpolitik und der Arbeitergesetzgebung wenigstens etwas zu beschleunigen. Freilich war das nicht verwunderlich für denjenigen, der weiß, wer der Vizepräsident Kämpf des deutschen Reichstags ist. Herr Kämpf ist mehrfach vorgekommen, wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelt: er ist Vorstand der Berliner Börse, er ist Vorstand der Berliner Handelskammer und er ist freisinnig — das genügt wohl! An einem solchen Einzelfalle erprobt das Proletariat einmal praktisch, was es heißt, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht noch solche Leute als „Volksvertreter“ in den Reichstag kommen. Sie haben dann die Macht, zu verhindern, daß über chemisches Arbeiterelend, das ihren freisinnigen Kapitalistenhören freilich sehr unangenehm klingt, alles gesagt wird, was zu sagen wäre. — Der Ausbeuter im Reichstage entscheidet darüber, ob die Ausbeuter außerhalb des Reichstags geschont werden sollen. Aber solange sich Millionen von Reichstagswählern über die Macht, welche in der richtigen Verwendung des Stimmzettels liegt, noch nicht klar sind, müssen sie diese Unterdrückung dulden.

Trotzdem gelang es dem Genossen Brey, die hauptsächlichsten Leiden und Qualen unsrer chemischen Kollegen zu schildern. So führte er u. a. aus, man müsse leider in der chemischen Industrie die Beobachtung machen, daß mehr als in jedem andern Industriezweig die Anerkennung der Organisationskraft verweigert wird. Ob es anders wird, nachdem Herr v. Camp hier anerkannt hat, daß die Kartellierung der Stärkefabrikanten ein verdienstvolles Werk gewesen? Herr v. Camp wird es jedenfalls auch als eine verdienstvolle Tat anrechnen, daß in der chemischen Industrie die große Funktion sich vollzog; aber ich glaube kaum darauf rechnen zu können, daß man nun auch die Organisation der Arbeiter als eine verdienstvolle Tat anerkennen wird. Aus diesen Bemerkungen des Herrn v. Camp ist allerdings die Schlussfolgerung zu ziehen, daß man den wirtschaftlich Starren des Arbeiterkampfes ohne weiteres zuerkennt, — aber die Leiter der industriellen Werte, die bei diesen Kartellierungen und Fusionen beteiligt sind, haben sich noch nicht zu jener Höhe des Rechtsempfindens aufgeschwungen, das in dem Satz gipfelt: Gleiches Recht für alle! Sie kreiden sich die Organisation des Unternehmertums als verdienstvolle Tat an, die Organisation der Arbeitnehmer erachten sie als verwerflich. — Man macht ferner in der chemischen Industrie die Beobachtung, daß den Arbeitern es schwer gemacht wird, aus den bestehenden Einrichtungen Erkenntnis zu bekommen über die Gefahren, die sie umgeben, für ihre Gesundheit und für ihr Leben. Ich habe da im Auge die Betriebskrankenkassen, deren statistische Daten benutzt werden könnten zur Erkennung des Gesundheitszustandes der Arbeiter; aber sie werden von den Herren Betriebsleitern gewahrt wie die allergrößten Betriebsgeheimnisse

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und selbst den Vorständen in den Betriebskrankenkassen ist es nicht möglich, sich durch Einsichtnahme der betreffenden statistischen Daten, besonders durch Einsichtnahme der ärztlichen Diagnosen Kenntnis zu verschaffen von den sanitären Gefahren, welche sie in dem Betrieb umgeben.“

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und Genosse Brey fügte daran die unsrer Lesern bekannten Krankenziffern aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik, deren enorme Höhe mehrfach Rufe des Erkennens und der Entrüstung im Reichstage auslösten. Er schloß an diese Ziffern die alarmierenden Feststellungen mehrerer Fabrikinspektoren und Aerzte über die bekannten Körperverfälschungen und Vergiftungen durch chemische Gistarbeit und kritisierte zuletzt die Verbesserung der Schutzverordnung für Chromat-arbeiter durch die Bloß, die eine Verschärfung des Arbeiterschutzes hätte bringen sollen, statt einer durch nichts als das Profitinteresse begründeten Milberung. Auch hierfür fand er mehrfach die zustimmende Aufmerksamkeit der Linken des Hauses, die seine Worte durch Zwischenrufe unterbrach,

so daß sie an geschäftlicher Stelle mindestens nicht mehr über...

Der bemerkenswerthe Fall dieses ersten Vorworts für das chemische Institut im Reichstag...

Bei aller günstigen Einschätzung der guten Absichten des Instituts für Gemeinwohl...

Dadurch konnte ich zu der Schlussfolgerung, daß bei diesen Erhebungen die Mitarbeit freiermütiger, intelligenter...

Das war doch gewiß würdig und sachlich gesprochen, kein Wort zu viel und keines zu wenig.

Der Herr Abgeordnete Brey hat nun vornherein die Zweckmäßigkeit derjenigen Erhebungen bezweifelt...

Es hat uns bisher an einem derartigen Institut gänzlich gefehlt, und wenn ein solches Institut unter der großherzigen Beteiligung...

Was, was Sie nicht einrichten, ist einseitig; und das ist das, was gegen ich einmal protestieren möchte.

Glauben Sie doch nicht immer, daß wir die schlechtesten Menschen von der Welt seien!

Na, Sie werfen uns immer Einseitigkeit vor. Wir sind eben so gut für die Interessen der Arbeiter besorgt, wie Sie es sind.

Aber wir wünschen die Sache nicht rein vom einseitigen Standpunkte zu behandeln, sondern unter der gemeinsamen Erfassung aller Kräfte unseres Staates.

Darum machen Sie uns nicht immer von vornherein und hier in diesem Falle einem Institut Vorwürfe...

Der Herr Abgeordnete Brey hat doch angeführt: er müsse von vornherein erklären, daß das, was dieses Institut leisten würde, etwas ganz Ungenügendes sein werde...

Das hat der Herr Abgeordnete Brey gesagt, und mir dagegen habe ich mich gewandt.

Ich möchte bitten, daß derartige Angelegenheiten nicht in diesem einseitigen Sinne behandelt werden.

So der Staatssekretär, der damit ein Musterbeispiel dafür lieferte, wie man aus lauter Befangenheit und Oberflächlichkeit klare Tatsachen in das Gegenteil verkehren kann.

unser chemisches Institut werden sie, trotzdem ihnen die Bildung eines Ministers fehlt...

X. Frankfurt a. M. In dem pharmazeutischen Institut von Ludwig Witt...

Table with 3 columns: Gruppe I, Gruppe II, Gruppe III. Rows show percentages and values for different groups.

Entsprechend bei den anderen Abordnungen. Ein Abänderung der zugeordneten Verluste...

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Der Gewerbeverein der lippischen Ziegler hielt am 17. Februar seine diesjährige Generalversammlung in Detmold ab...

Wir staunen über dieser Wandlungsfähigkeit: noch einige Stunden vorher, am Abend des 16. Februar...

fähigkeit der Gewervereinsleitung dienen. Erst die rauhe Wirklichkeit mußte den christlichen Traum...

Die zweite Resolution wendet sich gegen die Doppelbesteuerung der lippischen Ziegelerarbeiter.

„Ich habe mich über den freundlichen Gruß und das Treuegelöbniß der Generalversammlung des Gewerbevereins der Ziegler in Lippe sehr gefreut...

Nun fehlt es dem braven Gewerbeverein an nichts mehr, er hat Fürsorge von allen Seiten.

Jeder lippische Ziegelerarbeiter aber, der nach geistiger und wirtschaftlicher Befreiung strebt...

Streiks und Lohnbewegungen.

— Gamburg. Zum Streik bei Sch. u. Co. Nachdem am 5. März alle männlichen Arbeiter...

weil sie in andere Arbeit treten wollte, erhielt von dem Herrn Direktor zur Antwort: „Die Papiere können Sie nicht bekommen, wenn Sie ein anderes Arbeitsverhältnis eingehen, verläßt ich Sie wegen Kontraktbruchs.“ (Wer laßt da!) Selbstverständlich wurden von unserer Seite aus gleich Vorbereitungen getroffen, um gegen die Firma beim Gewerbeamt zu klagen. Dem Herrn Schmidt ist jedenfalls davon etwas zu Ohren gekommen, oder seine „Rache“ gegenüber den Arbeiterinnen ist ihm wohl selbst nachträglich etwas brentlich vorgekommen, kurz und gut, die Kolleginnen erhielten bis auf sieben den Bescheid, am Montag, dem 16., wieder zur Arbeit zu erscheinen. Die beiden Tage, die sie gefeiert hatten, erhielten die Kolleginnen bezahlt, ebenso erhielten die sieben Kolleginnen, welche nicht mehr zur Arbeit gewöhnlich wurden, ihren Wochenlohn ausbezahlt. Das Betragen der importierten Mautstreifer ist das übliche; nachdem dieselben die Männerlotsen total beschmutzt hatten, benutzten sie einfach die Frauenlotsen. Eingesperrt in ihr Quartier, mußten sie mit herausfordernden Blicken die Passanten der Straße und die Streikposten. In ihrem ganzen Auftreten offenbart sich das Bewußtsein ihrer „Möglichkeit“. Der unheimliche Revolver spielt auch bei dieser Streikbrecherhölle wieder seine unheimliche Rolle. Im Verlauf der letzten Tage, wo sich die Kolleginnen noch im Betrieb befanden, nahmen einzelne dieser traurigen Helden selbst bei der Arbeit den Revolver recht unständlich aus der einen Hosentasche, um ihn, nachdem sie ihn recht eingehend betrachtet hatten, wieder in die andere Tasche zu verpacken. Nachdem schon verschiedene Male von seiten dieser „staatsverhätenden“ Elemente mit den Schießpatronen Unheil angezettelt worden ist, sollte die Behörde endlich einmal gegen eine derartige provozierende Spielerei mit Schießwaffen vorgehen. Aber Seine Majestät der Arbeitswille kann sich eben alles erlauben. Die Stimmung unter den Streikenden ist gut, ein jeder jagt sich, mit diesen „Krauten“ läßt sich die Geschichte nicht aufrecht erhalten. Notwendig ist es aber, daß der Zugang aus dem Schwesterbetriebe der Firma in Eger (Oesterreich), Unterwald-Michelbach (Hessen) und Ruhla (Hüringen) unterbleibt. Mögen unsere Kollegen aus den Nachbarzahlstellen dieser Orte, wie überhaupt jeder organisierte Arbeiter in diesem Sinne wirken.

Harburg. Zur Lohnbewegung bei der Firma E. S. Peters, Harzlag. Der Betriebsleiter Heddenhausen von der Harzlagfabrik und der Proturist Ballhausen, wie uns mitgeteilt wird, sogar der Generaldirektor, waren kürzlich in Harburg, um Streikbrecher einzufangen. Es wird für uns Leser von Interesse sein, zu erfahren, daß in Harburg, Schanerposten 14, 2. Et., sich die „Respektable Privat-Behaltung“ der Frau Luise Witte befindet, in deren Räumen der Harburger Streikbrecheragent Müller mit seinen Abnehmern den Handel abschließt. Die dort durch Vermittlung des Streikbrecheragenten Müller angeworbenen Leute, 16 Mann, wurden per Sommerwagen nach Harburg spediert. An der Abbrücke bestieg ein Beamter in Zivil das Gefährt. Abgeladen wurde die Menschenware vor dem Kontor. Die Anwesenlinge wurden vom Kontorpersonal feierlich empfangen. Der anwesende Verbandsangestellte Kollege Schreiber machte die Leute ruhig darauf aufmerksam, daß bei der Firma gestreikt würde. Ein Polizeibeamter glaubte sich dazwischen mischen zu müssen und stellte die Personalisten Schreiber fest. Darauf ging der Beamte zu den Leuten und fragte sie, ob sie sich beleidigt gefühlt hätten! Da meldete sich einer, der sich beleidigt gefühlt habe wollte! (Es ist doch eine Wonne, für Arbeitswille, sich so förmlich um Strafanträge gebeten zu sehen. Die Red.)

Von dem Trupp löste sich nur einer ab, der keine Streikbrecherarbeit verrichten wollte. Er ging nicht mit hinein. Am nächsten Tage zur Frühstückzeit hörten dann wieder 12 Mann auf. Sie machten wohl einsehen, daß es keine Ehre sei, den streikenden Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen. Nur 4 blieben; sie kamen nach der Harzlagfabrik. Geschlafen haben die Leute in der Kasperwerkstatt. Sie hatten eine dünne Matratze und viel zu kleine Decken. Das Nachschlafen bestand aus Kartoffeln mit Hering, 2 Tellern Specksuppe für alle Mann und einer Flasche Bier für jeden. Des Morgens erhielten sie Kaffee mit Rumbrot und zum Frühstück mager gebratenes Brot. Dann zogen die Leute wie gefagt vor, die gasförmige Gasart zu verlassen. Sie bevollmächtigten den Verbandsangestellten Schreiber, ihnen die Papiere aus dem Kontor zu holen. Mit der von allen unterzeichneten Vollmacht bewaffnet, begab Schreiber sich ins Kontor der Firma E. S. Peters. Die Fabrikleitung lehnte die Herausgabe der Papiere ab. Auf den Hinweis Schreibers, daß man das Gewerbeamt in Anspruch nehmen würde, warfen zwei Mann den Bevollmächtigten hinaus. Als er noch einen Augenblick auf dem Hofe stehen blieb, öffnete man ein Fenster und fragte, ob man ihn vielleicht noch wegen Hausfriedensbruchs anzeigen solle!

6 Mann haben die Papiere insgeheim bekommen, die andern 6 im Laufe des Vormittags. Bei der Abrechnung wurden sie gefragt, ob sie noch Geld hätten. Wenn ja, dann könnten sie für Kost und Logis noch etwas darauf bezahlen. 70 Pf. hätten die Leute in zwei Stunden allerdings verdient. Kost und Logis sind aber nach Meinung der Leute keine 50 Pf. wert gewesen, denn die Nahrung war unzureichend und der Schlafraum direkt gesundheitschädlich. Statt danach zu fragen, wer sich beleidigt gefühlt hat, hätte die Polizei sich lieber um die psychische Schlafmatten kümmern sollen.

Nachstehend ein Dokument, das für sich selbst spricht. Die Arbeiter mögen sich diesen Mißvertrags recht genau durchlesen:

Arbeits-Vertrag.
Zwischen der Firma E. S. Peters, Harburg, und dem Arbeiter ... geboren den ... 18 ... zu ...
Ich trete am ... bei obiger Firma als Arbeiter in Arbeit, und zwar zu einem Stundenlohn von 35 Pf. oder einem Schichtlohn von ... Die Arbeitszeit ist von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Pausen sind: Frühstück 1/2 Stunde, Mittag 1 1/2 Stunden, Vesper 1/2 Stunde.
Ich bin darüber orientiert, daß bei obiger Firma zurzeit gestreikt wird, und erkläre mich damit einverstanden, daß, wenn ich meine Stellung als Arbeiter annehme eher als in 4 Wochen verläßt, mir das Gehalt 1/2 Wochenlohn von meinem Arbeitgeber bis zu meinem Bestimmungsort, sowie 5,50 Mk. Zehrgeld und Vermittlungsgeld von meinem vertriebenen Lohn gefügt wird.
Gleichzeitig erkläre ich, daß ich keiner irgend wie sozialdemokratisch gearteten Organisation angehöre, und, solange ich in obigem Betriebe als Arbeiter beschäftigt bin, keiner solchen beitreten werde. Ich weiß, daß ich mich des Betrugs schuldig mache, wenn meine Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.
Die festerfristige Kündigung beträgt (keinen) Tag.
Für Logis ist am dem Werk gesorgt und soll mir dafür pro Woche 7 Mk. abgezogen werden.
Ich erkläre, daß ich zurzeit vollständig gesund und arbeitsfähig bin. Meine Papiere (Zusammenlaute usw.) habe ich dem Agenten E. Müller, Harburg, Zwickauerstraße 17, übergeben, um dieselben meinem Arbeitgeber zu überreichen.
Wesentlichere Angaben über meine Person usw. berechtigten stige Firma zur sofortigen Entlassung.
Harburg, den ... (Name) Arbeitnehmer.

Die Leute, denen man einen derartigen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen gemietet, hat man aus den Rufen in der Harzlagfabrik und im Kogelwerk, Harburg, zusammengelesen. Frau und Herr Müller sowie eine dritte Person haben sich sofort wieder auf den Weg gemacht, um die Schlichte, die sie mit ihrem Arbeitswillingen transport erlitten, wieder gut zu machen. Sie wünschen ihnen viel Glück.
Arbeiter halbet die Augen offen! Sollte jemand den Streikenden in den Rücken!

Harburg. Die Lohnbewegung der Arbeiter von der Firma E. S. Peters, Harzlag, die, nicht nur die Harzlagfabrik in Ritzschdorf. An die betreffenden Arbeiter erging die Aufforderung, sich ganz vom Harzlag zur Vermeidung zu halten. Da dies in die Beschäftigung der Arbeiter von Petersen Harzlag eingreift, schienen die Arbeiter, auf den Harzlag keine Arbeit verrichten zu wollen. Hieraus wurde ihnen von der Direktion der Harzlagfabrik

mitgeteilt, daß, wenn sie kein Herz holen wollten, der Betrieb dann stillgelegt werde. In einer gemeinsamen Zusammenkunft der Arbeiter beider Fabriken erklärten sich die Arbeiter von der Harzlagfabrik mit den ausstehenden Arbeitskollegen solidarisch, weshalb auch die Harzlagfabrik von nun ab zu meiden ist. Die Firma versucht trampfhaft, Arbeitswille zu bekommen. Die Arbeitsnachweise können keine Arbeiter senden, weil auch die Arbeitslosen sich mit ihren im Lohnkampf befindlichen Arbeitskollegen solidarisch erklären. Das ist ein großherziger Zug, der beweist, welche Opfer der organisierte Arbeiter seinen Kollegen zu bringen bereit ist! Haben diese Kollegen selbst schon 10-15 Wochen feiern müssen, weil man ihnen jederzeit die frisch zugereiften vorzog, so halten sie sich doch für zu gut, jetzt, wo es den Unternehmern mit einemmal paßt, den Mautstreifer und Streikbrecher zu spielen! Bravo! Natürlich werden jetzt andere Tricks angewendet und Erhebungen versucht, die die Verlegenheit der Firma beweisen. Man wies drei Arbeiter Arbeit bei der Norddeutschen Chemischen Fabrik nach. Von hier aus wurden die Neueingestellten über Wasser nach dem Harzlag befördert. Die Freude über diesen gelungenen Streich sollte aber nicht lange dauern, denn heute haben die betreffenden drei Arbeiter wieder aufgehört. Zugig ist nach wie vor fernzuhalten.

Stuttart. Der Streik in der Dachpappenfabrik von Malchow in Stuttgart ist durch Verhandlungen beigelegt. Die drei Entlassenen werden wieder eingestellt, auch wird eine allgemeine Lohnzulage von 25 Pf. pro Tag gezahlt. Auch die Spesen für Augenarbeiter wurden entsprechend erhöht. Ferner werden in Zukunft Ueberstunden mit 10 Prozent Zuschlag bezahlt und dem Wunsch der Arbeiter in bezug auf Schranke, Vabereinerung usw. wird Rechnung getragen.

Korrespondenzen.

Cursdorf i. Th. Plötzlich entdeckt haben die Herren Langbein ihr warmes Herz für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen. In einer Ansprache wurde ihnen mitgeteilt, daß eine zehnprozentige Vohnerhöhung, sowie die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werde. Nur sollten die Arbeiter nicht glauben, daß dies auf den Artikel des „Proletariats“ hin bewilligt würde. Nun sollten die Arbeiter aber auch dafür sorgen, daß das gute Einvernehmen wieder hergestellt würde. Einige Hündhölzchenarbeiter und Arbeiterinnen glauben nun den Herren Langbein ihre Dankbarkeit durch Austritt aus der Organisation beweisen zu müssen. Dem gegenüber müssen wir den Kollegen und Kolleginnen zurufen: Wären denn diese Verbesserungen eingeführt worden, wenn keine Organisation bestanden hätte? Wer die Verhältnisse kennt, wird hier mit einem ehrlichen Nein antworten müssen. Also haben wir diese Erfolge nur der Organisation zuzuschreiben. Dem Verbanne den Rücken kehren, wäre geradezu selbstmörderisch gehandelt. Denn sobald die Organisation verschwinden würde, würden auch die Besitzer der Hündhölzchenfabrik mit den Arbeitern wieder schalten und walten, wie sie wollten. Es kann deshalb nur eine Parole für die Hündhölzchenarbeiter und Arbeiterinnen in Cursdorf geben: haltet fest an eurer Organisation, sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege dem Verbanne zugeführt wird!

Griesheim bei Höchst a. M. Aus der chemischen Fabrik Elektror wird uns geschrieben: Die wirtschaftliche Depression wird auch von den Besitzern der chemischen Fabriken weidlich ausgenutzt. So wird den Arbeitern die Extravergeltung nicht mehr gewährt, was für sie einen Lohnausfall von 5-8 Mark bedeutet. Die Heizer im Salpetersäure-Bau haben laut Arbeitsordnung eine Stunde Mittag und je eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperpause. Diese Pausen können aber von den Arbeitern nicht eingehalten werden, weil dieselben auch während der Pausen die Feuer bedienen müssen, wofür es keine Bezahlung gibt. Die Ofenleute müssen also 12 und 24 Stunden arbeiten, erhalten aber nur 10 und 20 Stunden bezahlt.

Ober-Schöneweide (Berlin). Wie man sich in den Kreisen der Arbeitgeber die Funktionen eines Arbeiterausschusses vorstellt, hat die Direktion der Hagenor Aluminatoren-Fabrik A.-G. im Berl. Ober-Schöneweide bei Berlin im letzten Jahre gezeigt, wo ein Betriebsleiter Herr Böttner das Szepter schwingt. Affordrebuzierungen bis zu 40 Prozent, rigoroses Strafweien und schlechte Behandlung von seiten einiger Meister haben wiederholt Anlaß zu Beschwerden. Wurde der Arbeiterausschuß vorstellig, so erhielt er gemöhnlich den Bescheid: „In solchen kleintlichen Fragen (Abzüge von 25-40 Prozent), welche nur eine Abteilung betreffen, ist der Ausschuß nicht zuständig; wer nicht zufrieden ist, mag persönlich kommen. Erst als die gesamten Arbeiter einer Abteilung sich als unzufrieden zu dem Herrn Böttner begaben, ließ er sich dazu herbei, mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. In letzter Zeit beliebte es der Betriebsleitung, Arbeiter, welche sich nicht stillschweigend jeden Abzug gefallen ließen, in die schlechtesten Abteilungen zu versetzen. Ein Mitglied des Arbeiterausschusses, welches den Marientronkollon auf das Zuspätkommen eines Vorarbeiters, der ebenfalls die Kontrolle zu passieren hatte, aufmerksam machte, wurde zur Strafe in die Hofkolonne versetzt, nachdem ihm der Meister die schmeichelehaftesten Worte, welche man vergeblich im Verston sucht, an den Kopf geworfen hatte.

Der Arbeiterausschuß, der sich dieser Sache annahm, erhielt von Herrn Böttner i. Bescheid: „Die Sache geht den Ausschuß nichts an, wäre Sander nicht ein Mitglied desselben, so hätten wir ihn auf die Straße gesetzt, er soll doch sehr zufrieden sein, daß er weiter arbeiten kann.“ Eine gut besuchte Betriebsversammlung, die zu diesen letzten Willkürakten der Direktion Stellung nahm, sah in Anbetracht der augenblicklichen Verhältnisse von weiteren Maßnahmen ab, erklärte sich aber mit dem Vorschlag des Arbeiterausschusses einverstanden, daß die gesamten Mitglieder desselben ihr Amt niederlegten. Nag nun die Direktion mit Neuwahlen kommen, die Kollegen werden darüber wachen, daß unter diesen Umständen kein Ausschuß gewählt wird; sie werden auch ohnedem ihre Rechte zu vertreten wissen und bei gegebener Zeit nicht veräumen, ihre Ansprüche dem Aluminatorenweier gegenüber geltend zu machen. Auch die Betriebsleitung werden die Kollegen im Auge behalten, und gelegentlich das zu erzwingen wissen, was ihnen bis dato verweigert wurde.

Sonneberg (S.-M.). Vor kurzer Zeit hat das „liberale“ Blatt am hiesigen Orte die Unternehmung gegen die Arbeiter scharf gemacht. Und schnell hat sich der Wunsch des „scharfmacherischen“ Blattes erfüllt. Ein hiesiger Spielwarenfabrikant hat kürzlich einen seiner Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen mit den zynischen Worten: „Gehen Sie hin und lassen Sie sich von Ihrem Verbanne erzählen.“ Also die erste Frucht der „liberalen“ Verge gegen die Arbeiter.
Mit dem Fabrikanten, der auf diese Weise sein Einverständnis mit dem scharfmacherischen Blatte ausdrückte, wird man zu gegebener Zeit jawohl ein ernstes Wortchen sprechen müssen. Vielleicht erfüllt dieser Reinkensfreund aber auch die weitere Forderung der „liberalen“ Zeitung und entfernt alle „seiner“ Arbeiter aus dem Betriebe. Er wird dann in den Stand gesetzt, sich nicht mehr mit den „verhegten“ Arbeitern abgeben zu müssen, er wird seine Arbeit selbst verrichten können. Jung genug ist er noch dazu, und er weiß dann doch wenigstens, wie die Arbeit schmeckt.

Dem entlassenen Kollegen wird die Unterführung des Verbandes zuziel. Für die unsere Verband noch zersetzenden ergibt sich aber aus dieser Geschichte wieder die Lehre: Organisiert euch! und die weitere Lehre: Unterstützt nur solche Zeitungen, die für die Arbeiter eintreten.

Erklärung! In Nr. 45 unseres Blattes vom 9. November 1907 ist unter der Bezeichnung „Lohn-Bohlsfahrtsklasse“ gegen den Direktor Alberts zu Rauschloß bei Lampertheim die Beschuldigung erhoben, daß er, als einige Arbeiter behufs Sammlung zur Unterstützung eines kranken Arbeiters zu ihm kamen, diesen entziffert gemannortet habe. „Das ist doch nicht nötig, der Mann erhält doch 19 Mk. pro W.“ und: „Der Mann hat doch ein Haus, das soll er doch verlassen.“ Ferner ist durch die Aufnahme des Satzes: „oder soll es nur eine Wohlsfahrtsklasse für den Direktor sein?“ der Verdacht ausgesprochen, als sei die Wohlsfahrtsklasse zum Nutzen des Direktors Alberts eingerichtet.

Nachdem wir Kenntnis von dem wahren Gange der Sache erhalten haben, nehmen wir unter dem Ausdruck des Bedauerns die vorstehenden Beschuldigungen hiermit zurück und erklären, daß wir keinerlei Veranlassung haben, Herrn Direktor Alberts aus seinem Verhalten anlässlich des fraglichen Falles, wie es tatsächlich gewesen ist, irgend einen Vorwurf zu machen.

Verbandsnachrichten.

Vom 17. März ab gingen bei der Hauptkassa folgende Beiträge ein:
Zwickau 250.—, Köthen 90.—, F. Söhne 2,05, Schlutup 350.—, Dörrach 1,75, Osunabrück II 200.—, Mannheim 9,70, Würzen 6,25, Bremen 8,90, Schönebeck 1,80, Steina 800.—, F. Müller 31,75, Hasselfelde 8,52, Stettin 1,95, F. Söhne I.—, Plauen — 90, Großenhain 100.—, Mannheim 600.—, Alfeld 100.—, Königstein a. E. 100.—, Schorndorf 1,50, Kelleter 8.—, Zscheue 1,85, Dömnitz 200.—, Köln 800.—, Elberwerda 3,20, Heilbenheim 400.—, Bergedorf 800.—, Offenbach 500.—, Hechenheim 500.—, Kl. Wittenberg 200.—, Minden i. Westf. 150.—, Borch 100.—, Minden i. Westf. 3,45.
Schluss: Montag, 23. März, mittags 12 Uhr.
Fr. Brunst, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal hat ein gesandt: Hasselfelde a. Harz.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:
Leibnizfeld. 5 Pf. für männliche Mitglieder pro Woche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder pro Monat.
Zscheue. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Plauen i. V. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
Schorndorf. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
100 156. Wilhelm Wilms, eingetreten am 1. Februar 1906 in Schlutup.
259 230. Georg von Essen, eingetreten in Finneberg.
254 832. Max Viegner, eingetreten in Rössenid.
24 568. Das in voriger Nummer bekannt gegebene, in Höchst a. Main ausgeschlossene bisherige Mitglied heißt nicht Krüsch, sondern G. J. J.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Gronau a. S. August Kölle, Gartenstraße.
Großhain. Fr. Sturm, Weipzigerstraße 32. (Vom 1. April ab.)
Zscheue. Otto Schubert, Feldstr. 1a. (Vom 1. April ab.)
Reinhofen. Christian Kohnmussen, Weimbergstraße.
Schützen. Karl Fischer, Paulstraße 12.
Oberzogen. Georg Müller, Konradkreuzerstraße 260.
Diesdow. Max Stadelmann, Pöhlweg 16.
Forstheim. Aug. Daur, Kanalstraße 6, 4. Et.
Regensburg. Verbandsbureau Glodengasse 41, patierze. Daselbst ist geöffnet von 9-1 Uhr und von 3-7 Uhr. Daselbst: Auszahlung der Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.
Schopfheim. Albert Säger, Wehrstraße 24. Daselbst Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung, Werktags nachmittags 1/2-7 Uhr und Sonntags mittags 12-1 Uhr.
Schorndorf. Carl Klemmer, Ede Werber- und Ulrichstraße.

Briefkasten.

Neustadt. Ein Beschluß, die Namen säumiger Versammlungsbesucher im „Proletarier“ zu veröffentlichen, ist zweifellos gut gemeint, aber durchführbar ist er nicht. Die Mitglieder, die nicht in Neustadt wohnen, und das sind nicht wenige, würden uns schon abbürsten, ob solcher „Ausgestaltung“ des „Proletariats“.
M. in M. Auch gut gemeint ist der Vorschlag, für jede Woche eine Parole als Erkennungszeichen auszugeben. Zum Abdruck wollen wir ihn aber lieber nicht bringen. Also: Parole „Papierkorb“. Oder wird Rücksendung gewünscht?
Diverse Landarbeiterarbeitsfreier. Ein Dupend mehr oder weniger lange Artikel über die Landarbeiterorganisation ruhen im Pult der Redaktion. Ob sie je das „Nicht der Eruderschwärze“ (?) erblicken werden, ist fraglich. Jedenfalls werden hiermit die pp. Autoren um Gehuld gebeten.
Fr. in D. Wenn noch mehr Kollegen dazu übergehen sollten, bei ihren Berichten die Buchstaben aufeinander statt nebeneinander zu legen, so werde ich mir entweder noch zwei weitere Drillen oder einen Papierkorb für ungeliesene Manuskripte kaufen müssen. Wie oft soll es denn gesagt werden, daß auf kleinstem Papier nicht jede Zeile beschrieben werden darf! Weiter ist nicht angegeben, was das eigentlich für ein Betrieb ist, auch fehlt der Zahlstellenstempel. Der Bericht kann also nicht aufgenommen werden.

Inserate.

Zahlstelle Brandenburg a. S. und Umgegend sucht zum 15. April resp. 1. Mai einen

Agitationsleiter.
Die Bewerber haben eine selbständige schriftliche Arbeit einzureichen über folgende Fragen:
1. Wie ist die Agitation am besten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Agitationsleiter bei Streiks und Aussperrungen zu verhalten?
Bewerber müssen mindestens 2 Jahre an einem Verband angehört, rednerisch befähigt sein und Kenntnis der sozialen Gesetzgebung besitzen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages. Bewerbungen sind spätestens bis zum 10. April 1908 mit der Aufschrift „Bewerber“ an Hermann Paul, Brandenburg a. S., Dom 41, 2. Etage, einzusenden.
Die Anstellungs-Kommission.

Zahlstelle Brandenburg a. S.
Sonntag, den 4. April 1908, findet unser diesjähriges großes **Frühjahrs-Vergnügen** im Café Reigoland statt. Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Hierzu laden wir die Mitglieder und deren Angehörige aus Brandenburg und Umgegend ergeblich ein.
Das Komitee.

Leitung! Breslau. Leitung!
Allen Kollegen zur Nachricht, daß ich **Kissenstr. 65, Ede Postenerstraße** eine

Gastwirtschaft
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, durch gute und velle Bedienung den Gästen das Beste zu bieten. Empfehle gleichzeitig **guten, kräftigen Mittagstisch von 50 Pf. an.** Jeden Sonntag **Biereisbeine** und musikalische Unterhaltung. Schönes großes **Bierzimmer** zur Verfügung.
Um gütige Unterstützung seitens der Kollegen ersucht
Fritz Joppich, Restaurateur.
2,10 A

Zahlstelle Göttingen.
Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr, im **Hotel „Zum Anker“**.
1 Monats-Versammlung.
Nach der Versammlung wird die **Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress in Hamburg** vorgenommen. Das Mitgliedrecht ist mitzubringen. [1,50 A]
Zu pöblichem Besuch ladet ein **Die Ortsverwaltung.**